

Jubiläumsbroschüre

50 Jahre Frauenstimm- und -wahlrecht im Kanton Bern

Jubiläumsfeier am 15. Dezember 2021 im Rathaus Bern

Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern des Kantons Bern





Bild oben Bild Titelseite

Jubiläumsfeier vom 15. Dezember 2021. Foto: zvg Gosteli-Stiftung, AGoF 566-89. Foto: Greti Oechsli

Inhalte

Einleitung	4
Programm der Jubiläumsfeier	5
Meilensteine auf dem Weg zum kantonalen Frauenstimmrecht	6
Die ersten Politikerinnen im Kanton Bern	8
Zeichen der Erinnerung im Rathaus	20
Impressionen von der Jubiläumsfeier	22
Impressum	24

Einleitung

Am 12. Dezember 2021 jährt sich die Einführung des kantonalen Stimm- und -wahlrechts für Frauen zum fünfzigsten Mal.

Der Kanton Bern würdigt den wichtigen Meilenstein der Demokratie und der Gleichberechtigung von Frau und Mann an einer Jubiläumsfeier. Verschiedene Stationen im Rathaus erinnern künftig an die Geschichte des Frauenstimmrechts und an die Pionierinnen der kantonalen Politik.

Am 7. Februar 1971 gelingt der lang ersehnte Meilenstein. 67.5 Prozent der Schweizer Männer stimmen der bundesrätlichen Abstimmungsvorlage zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten zu. Als eines der letzten europäischen Länder und 123 Jahre nach der Einführung der Bundesverfassung von 1848 gesteht die Schweiz den Frauen endlich gleiche politische Rechte zu.

Am 12. Dezember 1971 ist es auch auf kantonaler Ebene soweit: 82.9 Prozent der Berner Stimmbürger befürworten die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts auf kantonaler Ebene und 76 Prozent die obligatorische Einführung dieser Rechte auf Gemeindebene.

Anlässlich von 50 Jahren Frauenstimmrecht ehrt der Kanton Bern die Politikerinnen der ersten Stunde als Pionierinnen und Wegbereiterinnen, und er würdigt das ausdauernde und beharrliche Engagement von Vordenkerinnen, Frauenorganisationen und deren Mitstreiterinnen, Politikern und Politikerinnen für die Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Programm der Jubiläumsfeier

Grussworte

Beatrice Simon, Regierungspräsidentin Hervé Gullotti, Grossratspräsident Simonetta Sommaruga, Bundesrätin

Der Weg zum kantonalen Frauenstimmrecht

Audiovisuelle Kurzpräsentation

Erinnerungen von kantonalen Politikerinnen der ersten Stunde

Moderiertes Gespräch mit:

Ruth Hamm, alt Grossrätin, SP Marion Kretz, alt Grossrätin, SVP Claire-Lise Renggli, alt Grossrätin, FDP

Würdigung des Engagements für das Frauenstimmrecht

Kathrin Bertschy, Präsidentin Gosteli-Stiftung, Nationalrätin glp

Visionen von politisch engagierten jungen Frauen

Moderiertes Gespräch mit:

Magdalena Erni, Gymnasiastin, Co-Präsidentin Junge Grüne Kanton Bern Stephanie Gartenmann, Studentin, Wahlkreispräsidentin JSVP Berner Oberland Saambavi Poopalapillai, Soziologin, Jugendforum Ämmitau, Jungfreisinnige Kanton Bern Rebecca Renfer, Studentin, Parlamentspräsidentin Münsingen, Generalsekretärin *jevp Schweiz

Moderation: Jeannine Borer

Musikalische Umrahmung: Jessanna Nemitz

Anschliessend Apéro

Meilensteine auf dem Weg zum kantonalen Frauenstimmrecht

1833 - 1887

Tellpflichtiges Frauenstimmrecht

Ab 1833 sind steuerzahlende und vermögende Personen, auch Frauen, zur politischen Mitbestimmung in der Gemeinde berechtigt. Ein Beschluss des Regierungsrats schliesst 1887 alle Frauen von diesem Recht aus.

1917

Änderung des Gemeindegesetzes

Die Wählbarkeit von Frauen in Schulkommissionen, Kommissionen für das Armenwesen, das Gesundheitswesen und für die Kinder- und Jugendfürsorge wird eingeführt.

1923

Staatsrechtliche Beschwerde

Eine Gruppe von Bernerinnen will ihr «Stimmrecht in Gemeinde-, Kantons- und Bundesangelegenheiten ausüben». Das Bundesgericht weist die Beschwerde unter der Berufung auf das Gewohnheitsrecht ab.

1928

Motion zur Prüfung des Frauenstimm- und -wahlrechts

SP-Grossrat Vogel verlangt, das Frauenstimm- und -wahlrecht auf Kantons- und Gemeindeebene zu prüfen. Die Motion wird angenommen, jedoch 14 Jahre lang schubladisiert.

1942

Motionen zur politischen Gleichberechtigung in allen Gemeindeangelegenheiten

Die beiden Motionen der Grossräte Flückiger (FDP) und Lehner (SP) werden im Grossen Rat abgelehnt.

1945

Petition zum Frauenstimmrecht in der Gemeinde

Ein Aktionskomitee aus dem Frauenstimmrechtsverein Bern unter dem Präsidium von Marie Boehlen reicht eine Petition mit rund 50'000 Unterschriften zur fakultativen Einführung des Frauenstimmrechts auf Gemeindeebene ein. Die Behandlung der Petition versandet.

1953

Initiative zum Frauenstimmrecht auf Gemeindeebene

Am 17. Juli 1953 überreicht das von Marie Boehlen präsidierte Kantonal-bernische Aktionskomitee für die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde dem Regierungsrat die erste erfolgreich von Deutschschweizerinnen organisierte Initiative. In der Volksabstimmung von 1956 wird der Gegenvorschlag zur Initiative mit 54.4 Prozent abgelehnt.

1968

Einführung des fakultativen Frauenstimmrechts auf Gemeindeebene

Am 18. Februar 1968 stimmen die Berner Stimmbürger über die Änderung des Gesetzes über das Gemeindewesen ab. Die wichtigste Änderung ist die Einführung des fakultativen Frauenstimmrechts in der Gemeinde. Die Vorlage wird mit 52.2 Prozent angenommen.

1971

Einführung des kantonalen und kommunalen Frauenstimm- und -wahlrechts

Am 12. Dezember 1971 stimmen 82.9 Prozent der Berner für die Einführung des kantonalen Frauenstimmrechts und 76 Prozent für die obligatorische Einführung des Frauenstimmrechts in Gemeindeangelegenheiten.

1974

Erste zehn Grossrätinnen

Am 5. Mai 1974 werden von den 183 Kandidatinnen zehn Frauen in den bernischen Grossen Rat gewählt. Diese sind: Marie Boehlen (SP), Odette Bretscher-Bickel (FDP), Susanne Burke-Salvisberg (FDP), Monika Etter (CVP), Ruth Geiser-Im Obersteg (SVP), Ruth Hamm-Schärer (SP), Marion Kretz-Lenz (SVP), Claire-Lise Renggli (PRR), Agnes Sauser-Im Obersteg (SVP) und Hanna Schweizer-Ruchti (SVP).

1986

Erste Grossratspräsidentin und erste Regierungsrätin

1986 wird Margrit Schläppi-Brawand (SP) als erste Grossratspräsidentin vereidigt. Im gleichen Jahr wird Leni Robert-Bächtold (Freie Liste) zur Regierungsrätin gewählt und ist damit die erste Frau in der bernischen Regierung.

1993

Gleichstellung von Frau und Mann in der bernischen Verfassung

Artikel 10 der neuen Kantonsverfassung von 1993 weitet die Rechtsgleichheit von Frau und Mann auf alle Lebensbereiche aus und verpflichtet den Kanton und die Gemeinden zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.

1995

Erste Regierungspräsidentin

Dori Schaer-Born (SP) präsidiert 1995/1996 als erste Frau den Regierungsrat.

Die ersten Politikerinnen im Kanton Bern

Am 1. Juni 1974 nehmen zum ersten Mal zehn Frauen an der Session des Grossen Rats teil. 1986 wird die erste Frau in den bernischen Regierungsrat gewählt. Diese Frauen stehen symbolisch für das Ende eines langen, mühevollen Kampfes um das Frauenstimm- und -wahlrecht und den Aufbruch in eine neue Zeit der Demokratie und der Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Die nachfolgenden Biographien geben Einblick in das politische Engagement und die Lebensgeschichten dieser Frauen.

> Weitere Informationen zu den Pionierinnen und Videos zu einigen der ersten gewählten Grossrätinnen:

www.be.ch/pionierinnen





Marie Boehlen

Grossrätin SP, 1974 – 1986

Dr. Marie Boehlen (1911-1999) lässt sich im Alter von 60 Jahren pensionieren, um nach jahrzehntelangem Kampf für das Frauenstimmrecht endlich in die institutionelle Politik einzusteigen. Sie nimmt 1971 als eine der zehn ersten gewählten Stadträtinnen für die SP Einsitz im Stadtparlament von Bern. Zwischen 1974 bis 1986 ist sie Mitglied des bernischen Grossen Rats. In dieser Zeit reicht Marie Boehlen 50 politische Vorstösse ein und nimmt in vielen vorberatenden Kommissionen Einsitz.

Im Zuge der Verankerung der gleichen Rechte für Mann und Frau in der Bundesverfassung fordert Marie Boehlen 1981 im Grossen Rat eine kantonale Stabstelle für Frauenfragen. Anstelle einer Stabstelle wird die ausserparlamentarische Kommission «Gleiche Rechte für Mann und Frau» eingerichtet. Der Regierungsrat ernennt Marie Boehlen zur Kommissionspräsidentin.

1940 tritt Marie Boehlen dem Schweizerischen Verband für das Frauenstimmrecht bei und präsidiert die bernische Sektion. Daraus geht 1942 zur Lancierung einer Stimmrechtspetition ein Aktionskomitee hervor und Marie Boehlen präsidiert auch dieses. 1947 wird die Vereinigung für die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde gegründet - mit Marie Boehlen an der Spitze. Mit diesem Komitee gewinnen die Vorkämpferinnen viele Männer und Frauen auf dem Land für ihr Anliegen.

Marie Boehlen wächst in Riggisberg auf einem Bauernhof auf und absolviert das Sekundarlehrinnenamt. Sie holt das Gymnasium nach und studiert Rechtswissenschaften. Dabei beginnt sie, sich für Frauenfragen und Politik zu interessieren. Sie erlangt das Anwaltspatent. Trotz gutem Abschluss und einem längeren Auslandaufenthalt findet sie keine Anstellung: Frauen werden lieber als Sekretärinnen eingestellt. Sie gibt nicht auf, bis sie 1956 die erste Jugendanwältin der Stadt Bern wird und diese Funktion als erste Frau in der Schweiz vollamtlich wahrnimmt.

Staatsarchiv des Kantons Bern, PBA BZ B 272 6



Odette Louise Marie Bretscher-Bickel

Grossrätin FDP, 1974 – 1986

Odette Louise Marie Bretscher-Bickel (1921-2008) amtet von 1974 bis 1986 als bernische Grossrätin der FDP und von 1972 bis 1989 als Amtsrichterin. Odette Bretscher wird 1974 in die Justizkommission gewählt, der sie später als Präsidentin vorsitzt.

Ihre Erfahrung mit sozialen Problemen beeinflusst ihre politischen Vorstösse. 1975 fordert Odette Bretscher im Grossen Rat, dass die ausländischen Arbeitskräfte im Kanton Bern trotz der Wirtschaftskrise einen sicheren Lebensunterhalt verdienen. Sie setzt sich auch für junge Menschen ein und macht auf eine Ungerechtigkeit in Erziehungsheimen aufmerksam: Während junge Männer zwischen 15 internen Berufsausbildungen auswählen können, haben junge Frauen keinen Zugang zu internen Ausbildungsplätzen oder nur zu Hauswirtschaftsausbildungen.

Als Fotografin erlangt Odette Bretscher internationale Bekanntheit. 1954 tritt sie der Photographischen Gesellschaft Bern bei. Sie wirkt auf internationaler Ebene und arbeitet zwischen 1969 bis 1972 als Generalsekretärin bei der Fédération Internationale de l'Art Photographique (FIAP). Von 1976 bis 1985 präsidiert sie die FIAP. Nach Bretschers Tod 2008 erinnert die «Odette-Bretscher-Trophäe» an ihre fotografische Leistung: Die Trophäe wird jeweils an den FIAP-Biennalen verliehen.

Odette Bretscher ist in Genf geboren und wächst dort auf. Mit ihrem Ehemann und den drei Kindern zieht sie 1947 in den Kanton Bern nach Köniz und anschliessend nach Bremgarten. Sie ist Hausfrau und gehört der Haushaltlehrkommission Bern an. In dieser amtet sie als Expertin bei den Abschlussprüfungen für Lernende. 1971 stirbt Ernst Bretscher unerwartet an einem Herzinfarkt und Odette Bretscher wird Witwe.



Susanne Burke-Salvisberg

Grossrätin FDP, 1974 – 1982

Dr. Susanne Burke-Salvisberg (1923-1983) zieht 1974 als Kandidatin der FDP in den Grossen Rat ein, dem sie bis 1982 angehört. Die Steffisburgerin startet ihre politische Karriere bereits 1970 auf Gemeindeebene. Bei der ersten Wahl, die für Frauen offensteht, wird sie auf Anhieb als erste Frau in den Gemeinderat von Steffisburg gewählt. Sie bleibt während zwölf Jahren in diesem Amt.

Die renommierte Ärztin engagiert sich im bernischen Grossen Rat besonders bei gesundheitspolitischen Themen und im Bildungsbereich. Als überzeugte Vertreterin des Rechts auf Leben kämpft Susanne Burke-Salvisberg im Grossen Rat und privat gegen die Fristenlösung. Ein weiteres politisches Anliegen ist ihr die sichere Verkehrsplanung. Als Ärztin begegnet sie vielen Verkehrsopfern und sie fordert grössere Sicherheit auf den Strassen.

Als Hausärztin und Inhaberin einer eigenen Praxis ist sie Vorstandsmitglied der Bernischen Gesellschaft für Allgemeinmedizin und betreut die Abteilung Forschung und Ausbildung. Dank ihres Einsatzes und ihrer Überzeugungskraft wird die Fakultäre Instanz für Allgemeinmedizin an der Universität Bern gegründet. In dieser nimmt sie als Gründungsmitglied Einsitz.

Susanne Burke kommt in Thun zur Welt und ist die Tochter eines Lehrerehepaars. Politische Fragen werden am Küchentisch besprochen. Susanne entdeckt ihr Interesse für Politik schnell. Sie studiert in Bern Medizin. Nach ihrem Studium heiratet sie einen Iren, lebt in London, und ihre beiden Kinder kommen dort zur Welt. Nachdem ihr Ehemann schwer erkrankt und stirbt, kehrt sie als Witwe und alleinerziehende Mutter zweier Kinder in die Schweiz zurück.

Foto

Privater Nachlass



Monika Regina Maria Etter

Grossrätin CVP, 1974 – 1978

Monika Regina Maria Etter (1925-2020) ist von 1974 bis 1978 Mitglied des bernischen Grossen Rats für die CVP. Als Tochter des Bundesrats Philipp Etter wächst sie mit Politik auf, politische Themen werden am Familientisch besprochen. Nach der Annahme des Frauenstimm- und -wahlrechts kandidiert Monika Etter als Grossrätin und wird gewählt. Sie wirkt in verschiedenen Aktionskomitees mit und vertritt katholische Werte.

Monika Etter nimmt in mehreren Kommissionen Einsitz. Sie wirkt in der Kommission zur Gesetzesänderung über die Niederlassung und den Aufenthalt von Schweizer Bürgern und in der Kommission zur Spitalplanung. In letztere wird sie aufgrund ihrer Tätigkeit im Inselspital gewählt.

Monika Etter sorgt sich ihr Leben lang um die Gesundheit und das Wohlbefinden anderer Menschen. Sie absolviert das Hauswirtschaftsseminar in der Klosterschule Menzingen und beschliesst, sich danach im sozialen Bereich zu engagieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitet Monika Etter neun Monate für das Rote Kreuz in Paris als Köchin in einer Institution, in der unterernährte Kinder sich erholen können. Bis zum Tod ihres Vaters 1977 lebt Monika Etter bei ihren Eltern und kümmert sich um diese. Später sorgt sie für ihre jüngere, an Krebs erkrankte Schwester und pflegt sie bei sich zu Hause.

Monika Etter wächst in Zug auf, bis die Familie 1934 nach der Wahl ihres Vaters zum Bundesrat nach Bern zieht. Nach ihrem Aufenthalt in Paris reist die Hauswirtschaftslehrerin ein Jahr nach Schottland und England. Zurück in der Schweiz absolviert Monika Etter eine Ausbildung an einer Handelsschule und erwirbt ein Sprachzertifikat der British Chamber of Commerce. Neben ihrer Arbeit in der Buchhaltung absolviert sie eine zweite Ausbildung im kaufmännischen Bereich.

Foto Privater Nachlass



Ruth Geiser-Im Obersteg

Grossrätin SVP, 1974 – 1978

Ruth Geiser-Im Obersteg (1921-2014), später Ruth Im Obersteg Geiser, wird 1974 als eine der zehn ersten Frauen für die SVP in den bernischen Grossen Rat gewählt, dem sie bis 1978 angehört. Bereits ab 1971 politisiert sie als erste Gemeinderätin der Stadt Bern und ist schweizweit die erste städtische Baudirektorin. Da die SVP die Politikerin 1976 nicht mehr für die Wahlen nominiert, kandidiert Ruth Im Obersteg im Alleingang und wird als Parteilose wiedergewählt. Sie bleibt bis 1984 Gemeinderätin der Stadt Bern.

Ruth Im Obersteg arbeitet im Grossen Rat unter anderem in der ständigen Verkehrskommission mit. Ab 1980 präsidiert sie die Kunstmuseumsdirektion.

Vor ihrer Wahl in den Grossen Rat kämpft Ruth Im Obersteg aktiv für das Frauenstimmrecht. Sie gründet die bernische Frauengruppe der Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und setzt sich im Frauenstimmrechtsverein Bern für die politische Mitsprache von Frauen ein. Ab 1968 präsidiert Ruth Im Obersteg den bernischen Frauenstimmrechtsverein und ist Vizepräsidentin des Schweizerischen Verbandes für das Frauenstimmrecht. Auch im Grossen Rat führt sie ihren Einsatz für Frauenanliegen fort. Nach der Änderung des Eherechts von 1988 ändert sie ihren Namen von Ruth Geiser-Im Obersteg zu Ruth Im Obersteg Geiser.

Ruth Im Obersteg ist in Zweisimmen geboren und wächst in Bern auf. Sie ist die ältere Schwester von Agnes Sauser-Im Obersteg. Sie studiert Volkswirtschaft und schliesst das Studium mit Lizentiat ab. Im gleichen Jahr wird sie als Handelslehrerin diplomiert. Ihre Lehrtätigkeit legt sie nach der Heirat nieder und zieht ihre vier Kinder gross. Die politische Karriere startet sie nach der Familienzeit. Das politische Geschehen interessiert Ruth Im Obersteg bis ins hohe Alter.



Ruth Hamm-Schärer

Grossrätin SP, 1974 – 1984

Ruth Hamm-Schärer (*1943) wird 1971 in den Gemeinderat von Bolligen gewählt. Als Präsidentin der SP-Frauen kandidiert sie 1974 für den bernischen Grossen Rat und gewinnt diese Wahl. Sie nimmt in der Justizkommission und in diversen vorberatenden Kommissionen betreffend des Schul- und Bildungswesens Einsitz. Ruth Hamm fordert eine obere Grenze der Anzahl Kinder in Schulklassen, Fahrdienste für Kinder mit einem weiten Schulweg und die Einführung fakultativer Kindergärten in allen Gemeinden.

Durch die Medien erfährt Ruth Hamm vom Tod einer jungen Frau im Frauengefängnis Hindelbank. Vieles deutet darauf hin, dass es sich bei der Todesursache um einen medizinischen Fehler handelt. Ruth Hamm trägt den Fall an die Öffentlichkeit. 1988, zwölf Jahre nach dem Tod der jungen Frau, deckt eine medizinische Dissertation den anonymen Fall 30 auf. Die Frau ist erstickt, weil eine medizinische Behandlung die Atemwege verstopft hat. Wegen ihrem Engagement erhält Ruth Hamm Drohbriefe.

1967 heiratet sie und wird Mutter von zwei Kindern. Nachdem ihr Ehemann sie verlässt, zieht Ruth Hamm ihre Kinder alleine auf. Vorübergehend zieht sie mit den beiden Töchtern in eine Wohngemeinschaft in Bern, wo sie Schutz vor den Bedrohungen findet.

Ruth Hamm wächst in Ittigen in einer Fabrikarbeiterfamilie auf. Am Küchentisch wird viel über Politik gesprochen. Sie absolviert eine höhere Schulbildung und vertritt als Lehrerin die Interessen der Arbeitenden. Ihr Umfeld motiviert sie deshalb zur Kandidatur als Gemeinde- und Grossrätin. Bis 1984 bleibt sie im Amt als Grossrätin und unterrichtet daneben als Lehrerin in Bolligen und Bern West.

Foto

Privater Nachlass



Marion Kretz-Lenz

Grossrätin SVP, 1974 – 1986

Marion Kretz-Lenz (*1945) ist Redaktorin und Moderatorin bei Radio DRS, als die SVP Schlosswil sie überraschend für eine Kandidatur als Grossrätin anfragt. Sie zögert, bis die Mutter sie überzeugt: «Jetzt haben wir 100 Jahre auf das Frauenstimm- und -wahlrecht gewartet und nun erhältst du als junge Frau die Gelegenheit Politik zu machen. Du darfst das auf keinen Fall ablehnen.»

Als Grossrätin wirkt Marion Kretz in zahlreichen vorberatenden Kommissionen mit. Sie präsidiert 1978 die Kommission zur Volksinitiative für verbesserte Kinderzulagen und die Einführung von Ausbildungszulagen und 1981 die Kommission zur Änderung des Universitätsgesetzes.

Ein Jahr nach ihrer Wahl in den Grossen Rat wird Marion Kretz Mutter. Sie ist die erste Grossrätin, die während ihres politischen Mandats im Grossen Rat ein Kind zur Welt bringt. Zwei Jahre später kommt das zweite Kind zur Welt, und die Grossrätin erlebt eine intensive Zeit mit Familien-, Kinder- und Sorgearbeit und ihrem Engagement in der Politik. 1986 tritt sie zurück und zieht mit ihrer Familie für drei Jahre nach England.

Marion Kretz wächst in der Stadt Bern und in Genf zweisprachig auf. Sie absolviert das Sekundarlehrerinnenamt und arbeitet nach der Ausbildung als Praktikantin bei Radio DRS. Sie findet dort eine feste Stelle und moderiert verschiedene Sendungen. Nach ihrer Heirat zieht Marion Kretz nach Schlosswil und anschliessend nach Gümligen.



Claire-Lise Renggli-Bonsack

Grossrätin PRR, 1974 – 1988

Claire-Lise Renggli-Bonsack (*1932) tritt 1968 in die Politik ein. Die Präsidentin des Verbandes der Bieler Frauenvereine wird als erste Frau in den Bieler Stadtrat gewählt. 1973 ist sie die erste Frau in der Bieler Gemeindeexekutive, wo sie bis 1980 verbleibt.

1974 steht ihr Name auf der Liste des Parti Radical Romand (PRR) für den bernischen Grossen Rat. Zu ihrer Überraschung wird Claire-Lise Renggli von vielen Frauen gewählt und erobert einen dritten Sitz für den PRR. Erfreut nimmt sie als erste französischsprachige Grossrätin des Kantons Bern das Amt an und verteidigt ihren Sitz bis 1988.

Während ihres Grossratsmandats wird Claire-Lise Renggli in die Justizkommission und anschliessend in die Staatswirtschaftskommission gewählt. Als erste Frau präsidiert sie die Paritätische Kommission für das Laufental. Von 1985 bis 1988 ist sie FDP-Fraktionspräsidentin. Politisch setzt sie sich unter anderem für die Sicherung der Unterhaltsbeiträge an geschiedene Frauen sowie Einrichtungen und Arbeitsstellen für französischsprachige Kinder und Jugendliche mit Behinderung ein.

Claire-Lise Renggli wächst in Biel auf und besucht das Gymnasium. Ihre Ausbildung absolviert sie an der sozialen Frauenschule in Genf. Politisch aktiv wird sie als Mutter von vier Kindern und vereinbart die politischen Ämter, Familie und soziales Engagement.



Agnes Ida Sauser-Im Obersteg

Grossrätin SVP, 1974 – 1986

Dr. Agnes Ida Sauser-Im Obersteg (1926 – 2017), später Agnes Im Obersteg Sauser, politisiert von 1974 bis 1986 im bernischen Grossen Rat für die SVP. Sie ist Mitglied der Staatswirtschaftskommission und vertritt den Kanton im Verwaltungsrat der Inselspital-Stiftung. 1982 wird sie vom Regierungsrat in die ausserparlamentarische Kommission «Gleiche Rechte für Mann und Frau» gewählt. Dort untersucht sie gemeinsam mit anderen Kommissionsmitgliedern die kantonalbernische Gesetzgebung hinsichtlich Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern.

Ihr Engagement für Frauenanliegen entwickelt Agnes Im Obersteg als langjährige geschäftsführende Präsidentin der Bürgschaftsgenossenschaft SAFFA. Sie bezeichnet sich selbst als Frauenrechtlerin und engagiert sich aktiv in zahlreichen Frauenorganisationen. Viele Jahre führt sie als Vorstandsmitglied und Präsidentin die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie» und arbeitet wiederholt in Kommissionen des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen mit. Sie wirkt im Vorstand des Konsumentinnenforums Schweiz mit und ist Gründungspräsidentin der bernischen Sektion. Weiter ist sie Mitglied des ersten Stiftungsrats des Berner Frauenhauses.

Agnes Im Obersteg ist in Bern geboren und wächst mit ihrer Schwester Ruth Geiser-Im Obersteg in Zweisimmen auf. 1959 heiratet Agnes Im Obersteg und wohnt in Wohlen BE. Nach dem Tod ihres Mannes zieht sie zurück nach Zweisimmen, an den Ort ihrer Kindheit.



Hanna Schweizer-Ruchti

Grossrätin SVP, 1974 – 1990

Hanna Schweizer-Ruchti (1926-2021) kandidiert 1974 als Vertreterin der SVP für den bernischen Grossen Rat. «Mach doch mit, lernst viel dabei, und gewählt wirst du sowieso nicht». Mit diesen Worten überzeugt ihr Ehemann Hanna Schweizer, der SVP Thurnen beizutreten und sich als erste Frau ihrer Gemeinde für die kantonalen Wahlen von 1974 aufstellen zu lassen. Entgegen der Prognose ihres Mannes gelingt ihr als eine der ersten zehn Frauen der Einzug ins Kantonsparlament, welchem sie während vier Legislaturen angehört. Von 1986 bis 1990 ist sie Mitglied des Büros des Grossen Rates und ab 1986 gehört sie der Justizkommission an.

Im Grossen Rat setzt sich Hanna Schweizer für die Interessen von Bäuerinnen und Bauern ein. Ebenso fordert sie eine Berufsausbildung im hauswirtschaftlichen und bäuerlichen Bereich sowie Reformen im Kirchenwesen. Sie bezeichnet Ausbildung als Schlüssel zur Welt und Grundstein für die Emanzipation der Frau. Als Lehrmeisterin bildet sie über 20 hauswirtschaftliche Lehrtöchter aus.

1976 wird Hanna Schweizer als Vertreterin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes vom Bundesrat zum Mitglied der neu eingesetzten Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen ernannt.

Hanna Schweizer wächst in Riggisberg auf einem Bauernhof auf. Nach ihrer Heirat zieht sie auf den Hof ihres Mannes. Die diplomierte Bäuerin und Lehrmeisterin arbeitet auf dem Familienbetrieb mit, führt den Haushalt und zieht drei Kinder gross.



Leni Robert-Bächtold

Regierungsrätin Freie Liste, 1986 – 1990

Leni Robert-Bächtold (*1936) rückt 1977 für die FDP in den bernischen Grossen Rat nach. 1982 wird sie vom Regierungsrat in die ausserparlamentarische Kommission «Gleiche Rechte für Mann und Frau» gewählt und untersucht dort gemeinsam mit anderen Kommissionsmitgliedern die kantonalbernische Gesetzgebung hinsichtlich Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern.

Ihre grüne politische Agenda sorgt für Meinungsverschiedenheiten mit der FDP, woraufhin Leni Robert die Freie Liste mitbegründet. Mit dieser Partei wird sie 1983 in den Nationalrat gewählt. Bei den bernischen Regierungsratswahlen 1986 zieht sie als erste Regierungsrätin und erste Exekutivpolitikerin der schweizerischen Umweltbewegung ins Rathaus ein. Leni Robert steht der Erziehungsdirektion vor. Sie prägt das kantonale Erziehungs- und Bildungssystem massgeblich mit: In die vier Jahre ihrer Amtszeit fallen beispielsweise der Wechsel des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer und die Einführung des Schulmodells 6/3.

1990 wird der Regierungsrat von neun auf sieben Personen reduziert. Leni Robert gelingt es nicht, ihren Sitz zu verteidigen. Daraufhin kandidiert sie erneut für den Nationalrat und wird erfolgreich gewählt. Sie engagiert sich in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und präsidiert die Subkommission für Bevölkerungsfragen und Umwelt.

Nach ihrer Ausbildung zur Sekretärin studiert Robert in Bern Germanistik, Slawistik und Journalismus und arbeitet nach dem Studium als Redakteurin. Das Buch «Frauen im Laufgitter» von Iris von Rothen politisiert sie. Als früh verwitwete Frau, alleinerziehende Mutter und politische Pionierin begegnet Robert im Laufe ihres Lebens Hürden und Herausforderungen, denen sie sich immer wieder von Neuem stellt.



Treppengravur «50 Jahre Frauenstimm- und -wahlrecht». Foto: Kanton Bern/Susanne Goldschmid.

Zeichen der Erinnerung im Rathaus

Im Berner Rathaus erinnern künftig verschiedene Stationen an die Geschichte des Frauenstimmrechts und an die kantonalen Pionierinnen in der Politik. Den Anstoss dazu gab die vom Grossen Rat überwiesene Motion «Ehrung von wichtigen Politikerinnen», die Ursula Zybach (SP, Spiez) gemeinsam mit Grossrätinnen fast aller Fraktionen eingereicht hat. Das Frauenstimmrecht wird als Meilenstein der Gleichberechtigung und der Demokratie im zentralen Gebäude der kantonalen Politik für spätere Generationen sichtbar.

Eingraviertes Einführungsdatum in der Treppe

Das Einführungsdatum des kantonalen Frauenstimmrechts am 12. Dezember 1971 ist fortan in der Treppe eingraviert, die in die Wandelhalle hinaufführt. Damit wird der lange und beschwerliche Weg zum Frauenstimmrecht ins Bewusstsein gerückt, und dass die Gleichstellung von Frau und Mann auch heute noch nicht erreicht ist. Gleichstellung und Demokratie sind offene Prozesse, die immer wieder neu ausgehandelt und gestaltet werden müssen.

Gedenktafel in der Wandelhalle

Die Gedenktafel schlägt den Bogen von der politischen Gleichberechtigung hin zur Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen. Sie würdigt das hundertjährige beharrliche Engagement von Vordenkerinnen und Vordenkern, Frauenorganisationen und ihren Mitstreiterinnen, Politikern und Politikerinnen für die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Sie haben den Weg bereitet für die Generationen nach ihnen.

Namen der Pionierinnen an ihren Sitzplätzen im Grossratssaal

Im Ratssaal werden die Sitzplätze der ersten Grossrätinnen und der ersten Regierungsrätin mit ihrem Namen gekennzeichnet. Damit wird an die Pionierinnen der Bernischen Politik erinnert und ihre Vorarbeit für künftige Politikerinnengenerationen gewürdigt.



Gedenktafel zum Meilenstein kantonales Frauenstimmrecht in der Wandelhalle. Foto: Kanton Bern/Susanne Goldschmid.



Eingravierter Name von Dr. Marie Boehlen, einer der ersten zehn Grossrätinnen, auf der Pultfläche an ihrem damaligen Sitzplatz im Grossratssaal. Foto: Kanton Bern/Susanne Goldschmid.



Eingravierter Name der ersten Regierungsrätin, Leni Robert, auf der Pultfläche an ihrem damaligen Sitzplatz im Grossratssaal. Foto: Kanton Bern/Susanne Goldschmid.

Impressionen von der Jubiläumsfeier



Marion Kretz, alt Grossrätin, SVP



Ruth Hamm, alt Grossrätin, SF

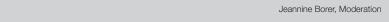


Claire-Lise Renggli, alt Grossrätin, FDP



Marion Kretz, Jeannine Borer, Claire-Lise Renggli, Ruth Hamm







Stephanie Gartenmann, Studentin, Wahlkreispräsidentin JSVP Berner Oberland



Rebecca Renfer, Studentin, Parlamentspräsidentin Münsingen, Generalsekretärin *jevp



Magdalena Erni, Gymnasiastin, Co-Präsidentin Junge Grüne Kanton Bern



Saambavi Poopalapillai, Soziologin, Jugendforum Ämmitau, Jungfreisinnige Kanton Bern

Fotos

Kanton Bern/Adrian Moser.



Jessanna Nemitz, musikalische Umrahmung



Simonetta Sommaruga, Bundesrätin



Beatrice Simon, Regierungspräsidentin



Hervé Gullotti, Grossratspräsident



Kathryn Bertschy, Präsidentin Gosteli-Stiftung, Nationalrätin glp



Magdalena Erni, Stephanie Gartenmann, Jeannine Borer, Saambavi Poopalapillai, Rebecca Renfer



Marion Kretz, Ruth Hamm, Claire-Lise Renggli

Impressum

Herausgeberin Fachstelle für die Gleichstellung des Kantons Bern

Postgasse 68, Postfach

3000 Bern 8 +41 31 633 75 77 gleichstellung@be.ch www.be.ch/gleichstellung

Text Sophie Dänzer, Nora Gassner

Gestaltung Franziska Nyffeler

© 2021

